

Gespräch mit Vertretern der SPD aus Neukölln zur aktuellen Grundwassersituation im Buckower-Rudower Blumenviertel mit seinen angrenzenden Gebieten (BRB)

Am 31. August 2017 sprachen wir, Klaus Langer und Wolfgang Widder, im Haus Arnikaweg 5 b mit Vertretern der SPD Neukölln,

Frau Caglar, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Mitarbeiter, Herrn Roth, Herrn Felgentreu, Mitglied des Bundestages und Mitarbeiter, Herrn King

über die aktuelle Grundwassernotlage und ihre Behebung BRB:

Wir stellten den Gästen die derzeitige Grundwassersituation nach dem Erhalt der Postwurfsendung des Herrn Hecht (nur im Blumenviertel verteilt) von der Senatsverwaltung dar, mit der die Bürger/innen ultimativ aufgefordert werden, bis zum 13.10.2017 zu erklären, *ob sie bereit wären, einem Verein oder Verband beizutreten, welcher in Eigenverantwortung die Planung, den Neubau und den Betrieb einer Grundwasserregulierungsanlage zur Trockenhaltung von Kellern im Blumenviertel durchführt.*

Die Postwurfsendung löste zahlreiche Fragen bei den Betroffenen im Blumenviertel aus, so dass wir den gelben Flyer entwickelten, den wir flächendeckend im BRB verteilten und der **vor** einer Beantwortung der Postwurfsendung an die zuständige Senatorin zur Klärung von Risiken und rechtlichen Problemen gesandt werden sollte. Somit kann die Beantwortung der Frage in der Postwurfsendung erst nach Klärung dieser Risiken und rechtlichen Probleme durch die Senatorin erfolgen.

Wir stellten dar, dass für den Weiterbetrieb der Brunnengalerie im Glockenblumenweg über den 31.12.2017 hinaus und die Bereitschaft der Betroffenen, einem Verband oder Verein beizutreten, ein Junktim hergestellt wurde, das von vielen als Erpressung angesehen wird. Es ist absehbar, dass es hier keine Mehrheit zum Beitritt in einen derartigen Verein / Verband geben wird. Außerdem ist der Kreis der Betroffenen nicht nur auf das Blumenviertel beschränkt; es betrifft auch die Gebiete jenseits von Stubenrauchstraße und Johannisthaler Chaussee.

Mit § 37 a BWG wurde dem Land Berlin im Jahr 1999 das Grundwassermanagement mit siedlungs- und umweltverträglicher Grundwasserstandssteuerung übertragen. Die Bürger/innen wehren sich dagegen, dass die Senatsverwaltung mit der Postwurfsendung eines Beamten versucht, einen wesentlichen Teil ihrer Aufgabe, nämlich die siedlungsverträgliche Grundwasserregulierung, auf die Bürger zu übertragen. Diese komplexe Gesamtaufgabe muss beim Land Berlin und den BWB bleiben; die Bürger/innen können nicht dazwischengeschaltet werden.

Zur Kostenfrage wurde die dem § 13 a BWG entsprechende Verwendung des Grundwasserentnahmeentgelts von uns genannt, ferner die Grundsteuer und die Beteiligung vom Bund und dem Land Berlin bei vorhandenen Altlasten. Hier ist ggf. der Bund und das Land Berlin in der Pflicht, analog zur Kostenübernahme im Ökologischen Großprojekt Berlin (ÖGP), der Altlastensanierung im Südosten Berlins, die Kosten zu übernehmen. Unabhängig davon ist im BRB auch vereinzelt zu hören, dass Betroffene bereit wären, sich an den jährlichen Kosten einer neuen Grundwasserregulierungsanlage zu beteiligen.

Herr Felgentreu erklärte, dass auch er diese Postwurfsendung nicht unterschreiben würde. Eine Kostenbeteiligung der Betroffenen an der Planung, dem Bau und dem Betreiben einer neuen Brunnenanlage im BRB sieht er als wesentlich an. Das könnte über einen Zuschlag auf die Wasserkosten der BWB geschehen. Eine steuerliche Be- oder Entlastung (Grundsteuer) sei nicht möglich; es müsse über Gebühren gehen. Auch die Heranziehung der Einnahmen des Landes Berlin aus dem Grundwasserentnahmeentgelt wäre zu prüfen.

Frau Caglar und Herr Felgentreu wollen sich dafür einsetzen, dass eine neue Anlage im Rahmen des Grundwassermanagements des Senats von diesem gesteuert wird und ggf. von den BWB im Auftrag des Senats geplant, gebaut und betrieben wird. Die Bürger/innen sollen möglichst nicht in Form einer Vereins- oder Verbandsgründung dazwischen geschaltet werden. Dazu soll auch **Herr Saleh** als Fraktionsvorsitzender der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus gewonnen werden.

Der Weiterbetrieb der Brunnengalerie im Glockenblumenweg über den 31.12.2017 hinaus wird auch von ihnen mangels Alternativen für notwendig gehalten.

Klaus Langer Wolfgang Widder